



Rentenpolitik-Watch  
c/o DGB Region Kern  
Legienstraße 22  
24103 Kiel

**Andrea Nahles**

Bundesministerin  
Mitglied des Deutschen Bundestages

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 49, 10117 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11017 Berlin

TEL +49 30 18 527-2323  
FAX +49 30 18 527-2328  
E-MAIL [ministerbuero@bmas.bund.de](mailto:ministerbuero@bmas.bund.de)

Berlin, ~~10.~~ Mai 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom April 2016 mit Ihrer Bitte um Auskunft zu meinen rentenpolitischen Zielen. Ihre Fragen beantworte ich wie folgt.

*1) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?*

Ich will, dass das Sicherungsniveau auf heutigem Stand bleibt. Das geht nur, wenn wir alle drei Säulen der Altersvorsorge in den Blick nehmen und neu justieren, also gesetzliche Rentenversicherung, Betriebsrente und Riester-Rente. Die gesetzliche Rente allein wird das nicht tragen können. Ich bin deshalb dafür, dass wir in einem ersten Schritt die Betriebsrenten ausbauen. Immerhin haben schon jetzt 58 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten eine Betriebsrente. Ich bin mir mit Finanzminister Schäuble einig, auch kleinen und mittleren Unternehmen, die sich aus Haftungsgründen da nicht herantrauen, eine Möglichkeit für Betriebsrenten zu geben. Dazu werden wir zügig einen gemeinsamen Vorschlag erarbeiten und diesen im Herbst 2016 in einem Gesamtkonzept vorlegen.

*2) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?*

Anders als in der Vergangenheit ist Altersarmut in Deutschland heute noch eher ein Randphänomen. Wer im Alter bedürftig ist, wird von der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung aufgefangen. Aktuell sind nur rund drei Prozent der Älteren auf Grundsicherung

angewiesen. Diese noch relativ kleine Gruppe wird aber unter Umständen wachsen, wenn die Jahrgänge in Rente gehen, die nach der Wende zeitweise arbeitslos waren.

Wer ein Leben lang Vollzeit gearbeitet hat, muss aber mehr haben als die Grundsicherung im Alter. Deswegen soll mit der geplanten Lebensleistungsrente ein Abstand zur Grundsicherung geschaffen werden. Dabei werden wir bis zu fünf Jahre Arbeitslosigkeit anrechnen. Im nächsten Haushalt planen wir dafür mit 180 Millionen Euro, das wird später anwachsen.

Den Kampf gegen drohende Altersarmut werden wir jedoch nicht allein mit Rentenpolitik gewinnen. Das wirksamste Mittel gegen Altersarmut ist, durchgängig arbeiten zu können, in guter Arbeit zu einem anständigen Lohn und mit vernünftiger Altersvorsorge auch durch den Betrieb.

*3) Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?*

Ich bin sehr dafür, in einem ersten Schritt kleinere Selbstständige in das System aufzunehmen, entweder in die gesetzliche Rentenversicherung oder in ein eigenständiges Versorgungswerk. Hier geht es immerhin um zwei Millionen Menschen, die meistens so wenig verdienen, dass sie alleine nicht fürs Alter vorsorgen können. Deshalb arbeiten wir an einem Vorschlag. Die Aufnahme der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung hingegen wirft viele sehr schwierige Fragen auf. Wir sollten uns jetzt erstmal auf die Stabilisierung der Alterssicherung konzentrieren und nicht noch mehr Verunsicherung streuen.

*4) Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z. B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzstärkung der gesetzlichen Rentenversicherung umgeleitet werden?*

Es ist und bleibt richtig, privat vorzusorgen. Je früher man damit beginnt, umso besser. Wir werden darauf achten, dass diejenigen, die vorsorgen, dafür auch belohnt werden, und in jedem Fall garantieren, dass alle Riester-Sparer, 16 Millionen sind es bereits heute, ihr Geld ausgezahlt bekommen. Auch für die staatlichen Zulagen gibt es Vertrauensschutz, die zahlt der Staat weiterhin. Unabhängig davon, wie es weitergeht, gilt: Wer eine Riester-Rente abgeschlossen hat, hat alles richtig gemacht. Er steigert damit sein Rentenniveau.

Allerdings haben 42 Prozent der Menschen, die bis zu 1.500 Euro pro Monat verdienen, heute weder eine Riester-Rente noch eine Betriebsrente. Gerade diese Geringverdiener müssen aber besonders dringend fürs Alter vorsorgen, damit sie später nicht in Armut rutschen. Wir müssen also neue Maßnahmen ergreifen, um die kapitalgedeckte Altersvorsorge zu verbreitern und attraktiver zu machen.

*5) Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z. B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- zu West-Renten?*

Wir sind dank des Mindestlohns im Osten inzwischen bei 94 Prozent des Westniveaus. Zum weiteren Prozess der Ost-West-Angleichung werde ich im Sommer 2016 einen Bericht vorlegen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'F. K.' followed by a long, sweeping flourish.